

# Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion,  
Dresden, A. 16, Goldschmidtstr. 40  
Fernsprecher 21866  
Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

**Abendblatt:**  
Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage  
2.50 M. In Dresden und ganz Sachsen  
und Ostpreußen 3.00 M. In Ostpreußen  
3.50 M.  
Ausgabe B ohne Unterhaltungsbeilage  
2.00 M. In Dresden und ganz Sachsen  
und Ostpreußen 2.50 M. In Ostpreußen  
3.00 M.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen  
Wochentagen nachmittags.

**Anzeigen:**  
Anzeige von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr,  
von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm.  
Preis für die erste Spalte 25 Pf. im Wochen-  
preis 50 Pf. Familien-Anzeigen 20 Pf.  
Für unbeschnittene, leere durch Fern-  
sprecher angegebene Anzeigen können wir die  
Bekanntmachung für die Wirklichkeit des Textes  
nicht übernehmen.  
Sprechstunde der Redaktion  
11-12 Uhr vorm.

**Einzig katholische Tageszeitung in Sachsen.** **Organ der Zentrumspartei.**  
Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feiertagsabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

## Die Sehnsucht des Volkes.

Von einem besonderen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Das Fieber, das als Folge der Revolution und ihrer Ereignisse weite Schichten des Volkes erfasst hat, beginnt seiner Höhe zuzustreben. Noch werden uns schwere Prüfungen nicht erspart bleiben, noch werden wir manche harte Krise durchzumachen haben, aber trotz allem bricht sich jetzt schon in freudiger Weise die Erkenntnis Bahn, daß es bitterster Erfordernis der Stunde ist, dem Lande und dem Volke so bald als möglich und unter Anspannung aller Kräfte Ruhe und Ordnung wiederzugeben.

Die Sehnsucht des Volkes geht dahin: Jetzt nur Ruhe, jetzt nur Ordnung, jetzt Festigung der Verhältnisse, in denen wir leben und arbeiten müssen.

Auch eine Revolution hat eine Seele. Auch in einer Revolution, und gerade in einer solchen, sollte der Geist zum Reuen, der Wille zu einer schöneren und besseren Zukunft das Tun beflügeln. Wozu würde sonst Revolution gemacht? Die deutsche Revolution hat aber von Anfang an ihre Seele verloren. Sie verlor sich in rein materiellen Dingen, und sie brachte sich damit um ihre eigene Kraft. Auch diejenigen, welche, wenn auch mit blutendem Herzen die Neuordnung der Dinge als Grundlage ihrer Weiterarbeit hinnehmen, werden in ihrem Arbeitswillen gelähmt und gestört durch die völlige Unsicherheit, Verfallbarkeit und Zerrüttung, der durch die Revolution geschaffenen Zustände. Ebensovienig wie man früher eine erzieherische Politik machen konnte ohne das Einvernehmen zwischen Bürgertum und Proletariat, ebensovienig werden wir jetzt wieder zu erträglichen Verhältnissen zu kommen vermögen, wenn nicht das Proletariat die politische und wirtschaftliche Verbindung zum Bürgertum herzustellen sucht und wenn diese Verbindung nicht gelingen würde. Dieser Einklang zwischen Bürgertum und Arbeitermassen bildet die Seele der Revolution. Wird er verflüchtigt durch Hemmnisse von außen oder innen, dann herabstürzt sich die Revolution ihrer eigenen Berechtigung und ihrer das Weiterarbeiten befähigenden Kräfte. Es war ein schönes Dokument für die Erkenntnis der hier mitspielenden unendlichen Wechselwirkungen als, wohlgenutzt schon vor Ausbruch der Revolution, das Unternehmertum der Großindustrie mit der Arbeiterschaft jene Arbeitsgemeinschaft suchte und schuf, welche in der Geschichte der sozialen Entwicklung Deutschlands nach all den jahrzehntelangen Kämpfen einen unergänglichen Markstein bilden wird.

Um die Sehnsucht des Volkes zu erfüllen, bedarf es einer starken Regierung, einer sicht- und fühlbaren Führung. Jetzt diese, dann kann unmöglich das erstbeste Erfordernis der Stunde: Der Aufbau einer neuen Ordnung vollzogen werden. Das Zerstörungswerk ist rasch und gründlich beendigt worden. Es besteht aber die Gefahr, daß die Verwirrung, welche das Werk der Wiedererrichtung erfährt, die ganze Revolution der Versumpfung und ihrem Fluthe zuführt. Man rühmt die Freiheit, welche die Revolution gebracht habe, aber was ist Freiheit ohne Ordnung? Kein vernünftiger Politiker gibt sich des Glaubens hin, daß die alten Machtverhältnisse in weit absehbarer Zeit wieder aufgerichtet werden könnten. Aber gerade, weil wir alle, mögen wir innerlich zur Revolution stehen wie wir wollen, bereit sind, auch an dem Neuen mitzuarbeiten in dem Bewußtsein, damit am besten den allein allein für uns maßgebenden vaterländischen Interessen zu dienen, gerade deshalb wünschen und erkennen wir eine ihrer Pflichten eingedenk und bewachte Regierung. Eine reichspolitische Führung, die ihre Versprechungen zu erfüllen und uns ein neues Deutschland wirklich zu schaffen vermag. Wenn wir diese Hoffnung auf die Regierung zu setzen aufgefordert werden, so müssen wir auch von der Regierung verlangen, daß sie allem entgegen, was die Klassengegensätze zu schüren geeignet ist. Eine Klassenherrschaft, wobei sie auch komme, ist vom Uebel. Die Regierung muß ferner den Geist der Zwietracht und Zwietrachtigkeit bannen. Wenn wir ersprießlich zusammenarbeiten sollen, müssen wir uns gegenseitig verstehen und schätzen lernen. Das ist aber nicht möglich, wenn von der einen oder anderen Seite das Mißtrauen immer wieder von neuem angepeitscht wird und wenn, wie das von bestimmten Kreisen immerfort noch geschieht, gegen alle diejenigen, die nun nicht gerade den handarbeitenden Massen angehören, eine zügellose, einseitige Agitation entfaltet wird. Es muß auch aufhören mit dem Ausspielen der Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern. Beide Teile können nur bei gegenseitigem Verständnis für Aufgaben und Pflichten für das Volksganze ersprießlich zusammenwirken. Die Regierung muß auch dafür sorgen, daß das volkswirtschaftliche Bewußtsein in der Arbeiterschaft Wache greift. Es ist ein ganz gefährlicher Zustand, gefährlich, weil er unsere gesamte

Volkswirtschaft lahmzulegen und zu ruinieren geeignet ist, wenn man den Unternehmer als einen Feind des Arbeiters hinstellt. Wo soll da noch die Schaffensfreude, insbesondere die unentbehrliche Initiative und Entschlußkraft des privaten Unternehmers herkommen, ohne welche Faktoren die Grundlagen für die Existenz der Arbeiterschaft mangeln? Die Regierung muß auch dafür Sorge tragen, daß nicht nur durch eine Verewigung der friegswirtschaftlichen Zwangsbezwirtschaftung das freischaffende Privatunternehmertum proletarisiert wird. Alle diese Aufgaben durchzuführen, wird der Regierung aber erst dann möglich sein, wenn sie mit starker Hand Ordnung im Innern geschaffen hat. Nur dadurch vermag sie sich selbst zu festigen und zu stärken. Das Wichtigste im Augenblick ist die Ueberwindung und Befämpfung der Arbeitsscheu. Die verhängnisvollen Folgen, die aus diesem Uebel bis jetzt schon entstanden sind, zeigen sich im ganzen Gütererzeugungsprozeß der Landwirtschaft und Industrie. Die Zersetzungsercheinungen sind so furchtbarer und gefahrdrohender Art, daß die Regierung alle ihre Machtmittel daran setzen muß, um die volkswirtschaftliche Produktion, die bitterste Notwendigkeit der Stunde wieder auf feste Füße zu bringen und sie auch kraftvoll zu sichern. Würde das nicht gelingen, so würden wir unrettbar dem aus allen Ecken lauenden Bolschewismus anheimfallen. Dann aber gäbe es für uns alle, wer wir auch seien, keine Rettung mehr, und gerade die Arbeiterschaft würde sich selbst zum Sklaven wohnwüßiger, nie zu verwirklichender, phantastischer Ideen machen.

Das Volk will arbeiten und schaffen. Es will mitwirken am Aufbau des Neuen. Es will in allen seinen Teilen, ob Bürgertum oder Arbeiterschaft, Hand anlegen am Wiederaufbau Deutschlands. Aber erst dann wird die Schaffensfreude und der fördernde Arbeitswille sich ganz auswirken können, wenn Volk und Land sehen und spüren, daß eine feste Hand zum Ziele führt, daß keine politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse von einem einheitlichen Willen geleitet werden, daß hinter diesem Willen aber auch die nötigen Machtmittel zur Durchsetzung der Staatsautorität stehen, kurz, wir wollen sehen, daß wir regiert werden!

## Nochmals Christentum und Sozialismus

Von M. v. Schönberg-Roth-Schönberg.

Nachdem die politische Revolution zu einem gewissen Abschluß gekommen ist, wird nunmehr die wirtschaftliche Revolution zur brennenden Frage. Sie ist uns kein fremder Gedanke mehr und bis zu einem gewissen Grade ist sie bereits im Gange, freilich ohne daß bisher von irgend einer Seite energisch die Führung ergriffen worden wäre. Das soll nun anders werden, und zwar ist unser engeres Vaterland dazu ausersehen, zum Versuchsobjekt einer wirtschaftlichen Umwälzung gemacht zu werden, deren Radikalismus sogar weit über die Forderungen der bisherigen sozialistischen Führer hinausgeht. Einige unruhige, drängende Geister treten mit einem Sozialisierungsprogramm hervor, dessen Großzügigkeit und Genialität nicht abzustreiten ist, das aber mit einem Grundfehler behaftet ist, dessen Gefährlichkeit sie wohl selbst übersehen haben. Dieser Grundfehler liegt in der vollkommenen Verkennung der psychologischen Voraussetzungen, die das Gelingen des Planes gewährleisten könnten. Die Schöpfer des Planes behaupten, daß niemals ein geeigneterer Augenblick zur radikalen Sozialisierung gegeben sei als der gegenwärtige. Sie sehen sich im Zuge der Revolutionierung und wollen die Konjunktur dieser Bewegung ausnützen. Das Proletariat habe die alte Macht befeitigt, jetzt komme das Wesentliche, die Beseitigung des alten Wirtschaftssystems, das durch diese Macht gedeckt worden sei. Sehr logisch — aber was dann? — Was ist denn bisher geschehen? Man hat zerstört und nicht einmal einen festen Bau, sondern ein in seinen Grundfesten schon wankendes. Wo bleibt der Wiederaufbau? Ist das schwankende Gebilde, das wir jetzt als deutsche Republik um seine Existenz ringen sehen, auch nur als der Anfang zum Wiederaufbau anzusehen? Nein! Noch haben wir lange, dornenvolle und steile Wege zu gehen, noch sind unendlich viel Schutt und Trümmer zu beseitigen, ehe wir einen klaren Ausblick zum Wiederaufbau gewinnen können. Es ist wahrhaftig ein gewaltiges Maß von sittlichen Werten, von innerer Festigkeit, von Idealismus und von — Religion dazu notwendig, und von dem Fall zu erheben, den wir getan haben. Besten wir diese inneren Kräfte, oder fragen wir besser, herrschen sie im deutschen Volke? Sie mögen wohl vorhanden sein, aber augenblicklich werden sie überwuchert und zu Boden gedrückt von Klassenhaß und innerlicher Zersetzung. Müde und gedemütigt ist der deutsche Idealismus in sich zusammengesunken. Sind die Trümmer des Christentums die Funda-

mente, auf denen ein neuer Bau gelingen kann, in dem wir glücklicher sein sollen als zuvor? Geht dem deutschen Volke sein Selbstvertrauen wieder, seine Ideale, die es verloren hat, ehe ihr es in eine neue Umwälzung stürzt. Geht nicht dem durch Blut und Jammer geblendeten Volke die Brandfackel in die Hand, ihr würdet einen Brand entfesseln, der das unglückliche Volk vernichten wird! Freilich predigt man hier tauben Ohren. Gerade die Anerkennung der sittlichen Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufbau ist ja den sozialistischen Weltbeglückern fremd. Sie, deren Glaubenssätze im Materialismus wurzeln, können nie und nimmer zugeben, daß andere Triebkräfte uns emporführen müssen als die Sehnsucht nach Wohlleben, und daß ein Volk, in dem vorläufig die zerstörenden und zersetzenden Momente überwiegen, dessen sittliche Fundamente schwer erschüttert sind, aus sich heraus nichts Neues schaffen kann. Und es ist etwas Gewaltiges, das Neue, das da geplant wird. Nach Beseitigung des Grundpfeilers des alten Wirtschaftssystems, des Privateigentums und des Rechtes der freien Selbstbestimmung, soll die Menschheit ein Gebäude errichten, das zur Voraussetzung hat Selbstzucht und Selbstentäußerung, ein Sichfügen des einzelnen in die Interessen der Gesamtheit, wie es kein bisheriges Wirtschaftssystem von uns verlangt hat. Woher soll das daniederliegende Volk die sittlichen Kräfte nehmen zu solchem Titanenbau? Die sozialistischen Weltbeglückler sind schnell fertig mit der Antwort. Da es — für sie — keine höheren Ziele gibt als die Befriedigung des menschlichen Trieblebens, ist auch kein Augenblick geeigneter als der jetzige zur Erreichung ihrer Ziele, denn seit langer Zeit ist der Hunger nach Befriedigung der menschlichen Triebe nicht so elementar hervorgeraten wie jetzt. Noch nie vielleicht hat der Klassenhaß so tiefe Abgründe gerissen. Daher der Eifer, mit der dieser Augenblick genutzt werden soll. Aber auf Klassenhaß und Hunger läßt sich kein Tempel des Glückes bauen. Schlägt diese Welt in Trümmer, aber ihr baut sie nicht wieder auf.

Mit elementarer Wucht offenbart sich wiederum der Gegensatz zwischen jenen und dem Christentum. Sie erkennen das letzte Heil in irdischer Wohlfahrt, das Christentum bekämpft Elend und Armut, um das Volk sittlicher Borkommenheit zu entreißen, um es seiner höheren ewigen Bestimmung zuzuführen. Jene schleudern die Brandfackel, die alles zerstört, und glauben dann, aus der Asche einen neuen Tempel zu bauen, das Christentum neigt sich zu dem daniederliegenden Volke, es wieder aufzurichten. Es bekämpft die menschlichen Leidenschaften, jene sachen sie an, um sie als Zerstörungswaffen zu benützen. Das Christentum gibt, der Sozialismus nimmt. Der Augenblick ist günstig, aber nicht zu einer Sozialisierung, wie jene sie wollen, sondern zu weiterer Zerstörung. Haben wir davon noch nicht genug.

Noch weniger haben erkannt, daß das, was sich jetzt vorbereitet, den Endkampf der christlichen Weltanschauung bedeutet gegen einen Feind, der weit gefährlicher ist, als alle bisherigen, der Christentum und Christenheit beseitigen will. Das Christentum ist bereit. Die Worten der Heile werden es nicht überwältigen. Aber ist auch die deutsche Christenheit zu dem Kampf gerüstet? Weil die Christenheit verjagt hat, konnte dieser Endkampf vorbereitet werden, und nur, wenn sie sich jetzt in letzter Stunde auf ihre Aufgabe besinnt, wenn sie opferfreudig dem Materialismus entgegentritt, der auch in ihren Reihen herrscht, wenn sie sich barmherzig zu den Ärmsten beugt, um sie emporzubeugen, wird sie das Christentum in Deutschland zum Siege führen.

## Die Revolution in München.

Eine Räteregierung.

Berlin, 23. Februar. Nach privaten Meldungen aus München ist dort eine Diktatur der Räte errichtet worden. Das Kollegium besteht aus 11 Mitgliedern aus den drei sozialistischen Gruppen. An der Spitze der Unabhängigen steht Laubert, an der Spitze der Kommunisten Edwin, an der Spitze der Mehrheitssozialisten Kefisch. Dieses Kollegium soll, wie es heißt, auf 50 Mann erweitert werden, und diese 50 Mann sollen die eigentlichen Inhaber der Regierungsgewalt sein. Außerdem soll noch ein Ministerium gebildet werden. Minister Timm ist abgesetzt worden.

Am frühen Morgen sind mehrere wichtige Bekanntmachungen erschienen: 1. Der Belagerungszustand wird auf 3 Tag: bis Montag früh erklärt. Wer noch blünder und stöhrer wird erschossen. Der Ruf ist unterzeichnet von unabhängigen Polizeipräsidenten und dem unabhängigen Stadtkommandanten. 2. Die Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten haben sich zusammengeschlossen

und fordern in einem gemeinsamen Aufruf zum Kampf gegen die drohende Reaktion auf. Die Regierung besteht aus den Vertretern der drei Klassen und der N- und S-Kräfte. Der Bauernrat ist nicht vertreten. Vom Rumpfinnisterium hört man nichts. 3. Die Arbeiter- und Bauernräte haben als nächsten Protest gegen die Ermordung Eisners, Auer, Zinna den dreitägigen Generalstreik erklärt. Die meisten Geschäfte mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte sind geschlossen. Straßenbahn und Briefverkehr ruhen, dagegen verkehren seit heute morgen wieder die Güte. 4. Die Militärregierung verkündigt für heute morgen die Ausgabe von Wajzen an die gesamte organisierte Arbeiterschaft. Ueber die Form der Veranschlagung wird jetzt beraten.

München, 22. Februar. Nach einer amtlichen Mitteilung der Korrespondenz Hoffmann erhebt die Nachricht, daß in München der Bürgerkrieg ausgebrochen sei, jeder Grundlage. Die Münchner Zeitungen sind vorläufig besetzt, um Demonstrationen zu verhindern, bis die Entscheidung über weiteres befohlen ist. Die Münchner Arbeiter- und Bauernräte haben, wie schon berichtet, einen dreitägigen Generalstreik verkündigt, verhält sich aber vollständig ruhig und wird am Montag die Arbeit wieder aufnehmen. Auf Münchener Straßen ist Todesstrafe gesetzt. Alle Banken und Hotels werden von der republikanischen Schutzwache zu ihrer Sicherheit bewacht. Heute vormittag 11 Uhr fand eine gemeinsame Sitzung des neugebildeten Zentralvolksrates mit dem Münchener Rat statt, in der über die Reorganisation der Regierung verhandelt werden soll. Die Bevölkerung ist insofern demoralisiert, als die Regierung es fänden, solche Reaktionen zu erregen, die zu Unruhen oder gar zu einem Bürgerkrieg führen könnten. Am Mittwoch vormittag 10 Uhr.

**Der Mord im Landung Spartakusweil.**

München, 22. Februar. Nach Meldungen aus München ist zu dem Attentat auf Auer noch folgendes nachzutragen: Die Untersuchung hat ergeben, daß der Mordanschlag gegen Minister Auer von Janock Band vorbereitet worden ist und von Anhängern des Spartakusbundes ausgeht. Bemerkenswert ist, daß die Kommando-Gruppe, die nach dem Attentat sofort in den Saal einzutreten wurde, erklärte, auf Seiten der Spartakisten zu stehen. Auf den Tribünen des Landtags jedoch wurden diese bekannte Führer der Spartakisten gesehen, die nach der Ausführung des Attentats verhaftet wurden.

**Das Verinden Auer.**

München, 23. Februar. Das Verinden Auer, der in der chirurgischen Klinik liegt, ist nach glücklich verlauteter Operation so, daß ihn die medizinischen Autoritäten zu Leben zu erlauben hoffen. Der Minister für militärische Angelegenheiten Hoffmayer, der zunächst in Schwabach genommen war, befindet sich wieder auf freiem Fuß, soll aber völlig zusammengebrochen sein.

**Plünderungen.**

München, 23. Februar. Etwa 200 Soldaten und bewaffnete Zivilisten wollten gestern Abend das Generalkommando in der Marburg und das Regina-Palasthotel, wo der Attentäter Graf Arco sonst verkehrte, nach Offizieren durchsuchen, obwohl das Hotel bereits eine kommunistische Schutzwache hatte. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, bei dem es nach dem „N. N.“ 3 Tote und 16 Verwundete gab. In einzelnen vornehmen Stadtteilen wurden unter dem Vorzeichen von Hausdurchsuchungen große Plünderungen, sogar mittel Automobils, um die Sachen fortzuschaffen, verübt, so daß die republikanische Schutzwache eingreifen mußte. U. a. ist auch das Palais des Prinzen Leopold in Schwabing gestürmt und völlig ausgeplündert worden. Ein Plünderer wurde erschossen, etwa 50 Personen verhaftet.

**Abfertigung von Truppen.**

Berlin, 22. Februar. Die Regierungstruppen halten sich der „Deutschen Allg. Ztg.“ zufolge in Bayern bereit, gegen die Kommunisten vorzugehen, doch ist diese Haltung nicht ganz sicher. Die Truppen in den bayerischen Provinzgarisonen haben erklärt, sie würden gegen München marschieren, falls sich dort eine spartakistische Herrschaft entwickeln sollte.

**Austritt der Kommunisten aus der Regierung.**

München, 23. Februar. Die Kommunisten sind aus dem Zentralrat ausgeschieden und haben sämtliche Ämter niedergelegt. Entweder hat die Lage zugespitzt, da sämtliche Ämter neu besetzt werden müssen. Man bemüht sich, eine Regierung aus den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen zu bilden.

**Verhaftung Professor Luides.**

Nach in Weimar eingegangenen Meldungen sind in München zahlreiche demokratische Abgeordnete, darunter auch Mitglieder der Nationalversammlung, unter ihnen in erster Linie Professor Dr. Luides, von der kommunistischen Regierung verhaftet worden. Die Deutsche Demokratische Fraktion hat infolgedessen in einer Sitzung sofortigen feierlichen Protest bei der Reichsregierung gegen die Verletzung der Immunität eingelegt.

**Proteste gegen die Münchener Revolution aus dem bayerischen Land.**

München, 23. Februar. Der kommunistische Eksternrat hat am Sonntag mittag an die Regierungspräsidenten Bayerns und an die 238 Soldaten- und Arbeiterräte des rechtsrheinischen Bayern die Aufforderung gerichtet, die Umwandlung der Regierungsgewalten in allen Regierungsbereichen im Sinne der kommunistischen Militärregierung innerhalb vier Tagen vorzunehmen. Im Weigerungsfalle wird die Aufhebung der bisherigen Regierungsgewalten und militärisches Vorgehen der Münchener Zentralregierung angedroht. Die Regierungspräsidenten von Ober- und Unterfranken und Oberpfalz haben die Annahme der Verordnung

und ihre Durchführung abgelehnt und die Anerkennung der Münchener Militärregierung abgelehnt.

Passau, 23. Februar. Die Garnisonen in Passau und Landshut haben die Übernahme von Anordnungen und Verfügungen der Münchener Kommunistenregierung abgelehnt. Die Garnison Regensburg hat dem aus München vertretenen Landtag Regensburg als Tagungsort angetragen und sich zur Durchführung der Beschlüsse des Landtages als der gesetzlichen Vertretung Bayerns bereit erklärt.

**Die Folgen von München.**

(Von unserem Weimarer Vertreter.)

Der ganze Jammer unserer Zeit könnte nicht besser beleuchtet werden als durch die jetzt in München ausgebrochenen Schüsse. Soll uns denn das Letzte, das Schrecklichste, das Unheilbarste unter den eigenen Volksgenossen, der Bürgerkrieg, nicht erpart bleiben?

Am 7. November 1918 stürzte ein bis dato in Bayern völlig unbekannter Mann, Kurt Eisner, das altehrwürdige Fürstentum der Wittelsbacher. Die Welt begriff es nicht, daß ein jüdischer Ausländer, Salomon Kusnowski, wie Kurt Eisner mit seinem richtigen Namen heißt, sich zum Landesherren der aus ihrer Eigenart mit Stolz wachenden Bayern setzen konnte. Die Bayern selbst verstanden das nicht. Sie haben den Zustand ertragen, einerseits, weil auch sie unter den zermürbenden Wirkungen des Krieges seelisch völlig zermürbt waren, andererseits weil sie sich der Hoffnung hingaben, daß auf geordnetem Wege die Beseitigung der Eisnerischen Diktatorherrschaft erfolgen werde. Eisner hat in der Zeit seiner Regentenschaft so ziemlich in jeder seiner Handlung dargelegt, daß er ein Phantast, sei es auch ein Idealist, aber niemals ein Politiker und vor allem ein Menschenfeind war. Er hat Bayern vor dem Auslande durch seine Abfertigung an Frankreich auf das Tiefste herabgewürdigt. Das Volk aber hat durch seine öffentliche Meinung ihn nachdrücklich wissen lassen, daß es sein Tun verdammt und nicht gewillt sei, seine Regierungsgewalt anzuerkennen.

Die Göttinger findet ihren physiologisch verständlichen Ausdruck in dem Attentat des Grafen Arco. Ein politischer Mord ist immer verwerflich. Der Mord an Eisner ist um so sinnloser, weil er geeignet ist, die Erregung unserer Zeit nur noch weiter zu schüren, und das in einem Augenblicke, in welchem wir uns anschaffen, in den Wirrwarr einigermaßen Ordnung zu bringen.

Die Folgen von München sind jetzt noch gar nicht abzulesen. Die Absicht der Spartakisten, eine zweite Revolution herbeizuführen mit dem Ziele, die unbestrittene, politische Organisation des russischen Bolschewismus auch in Deutschland aufzurichten, besteht nach wie vor fort. Wie München am 7. November 1918 mit der ersten Revolution voranging, so hegen jetzt bestimmte Kreise die Erwartung, daß die Vorgänge des 21. Februar in München das Signal zu der erhofften zweiten Revolution abgeben würden. Die unmittelbaren Begleiterscheinungen des Attentats zeigen uns ja mit aller Deutlichkeit, wohin wir steuern. Die spartakistische Revolte, der Sturm auf die Zeitungen, die Erklärung des Landtags, das Unheilbar unter bairischen Ministern und Abgeordneten, das alles sind Mahnzeichen der fürchterlichsten Gestalt.

Das deutsche Volk wandelt seinen Leidensweg in trostloser Traurigkeit. Manu, daß es halbwegs wieder zur Besinnung gekommen ist, droht ein neuer Brand, fürchterlicher als je zuvor, auf seine friedlichen Wohnstätten überzugreifen. Das ganze Elend, der erschütternde Jammer, alles, was wir an Juchendstem und Schmerzlichem in den letzten Wochen erlebt haben, droht in zweier verstärkter Auflage über uns hereinzubrechen. Gütig: Die Prüfungen, die wir zu ertragen haben, sind übermenschlich. Unsere Kraft, kaum in schwachen Anfängen wiedergewonnen, wird erneut verheerend geschlagen. Unser Schaffen wird obermals verdunkelt, just da wir die Phantome eines neuen Glückes am Morgenhimmel der Zukunft antauschen sahen. Wir haben uns im Krieg oft genug zugerufen: „Behaltet die Nerven!“ Jetzt aber ist die Stunde gekommen, die an unsere Nerven und an unsere seelische Kraft die allerstärksten Anforderungen stellt.

**Spartakus im Reich.**

**Stille Unruhen in Augsburg.**

Augsburg, 23. Februar. Aus Anlaß der Ermordung Eisners kam es gestern Abend in Augsburg zu großen Demonstrationen und Ausschreitungen, die sich bis in die späten Nachtstunden hinein hinzogen. Eine große Menge, hauptsächlich junge Menschen, zog mit Einbruch der Dunkelheit zu den bürgerlichen Zeitungen, wo sie alles kurz und klein schlugen, die Kontormöbel und sonstiges Inventar sowie alles auffindbare Papier und alle Bücher herausschleppte und auf der Straße verbrannte. Der Mob, der die Gelegenheit zum Plündern nützte, strömte dabei zusammen. Die Plünderer begaben sich in einem sich fortwährend vergrößernden Zuge zur Wohnung des Oberbürgermeisters, demonstrierten hier und zerschmetterten die großen Fensterscheiben am Hotel „Drei Mühlen“. Sie zogen dann wieder Rathauswärts, und teilten sich in mehrere Gruppen. Teile von diesen zerschmetterten die Schaufenster des Warenhauses Vandauer und einer Reihe anderer Geschäfte. Ein anderer Teil zog nach dem Dom, drang in das Bischöfliche Palais ein, leerte das Gefängnis, drang in den Justizpalast und schloß sich nun den neu hinzugekommenen Plünderern an. Ein anderer Teil versuchte, in den Besitz von Waffen und Munition zu gelangen. Kleinerer Trupp von zum Rathaus und zum Arbeiter- und Soldatenrat eilenden Soldaten wurden von ihnen entworfen. Schließlich drang ein Teil in das Artilleriedepot ein und bemächtigte sich einiger Maschinengewehre, Gewehre und Revolver. Auch ein Lastkraftwagen fiel in ihre Hände, mit dem sie sich im Pulvermagazin Munition verschafften. Die Wachen haben sich nicht behauptet. Jagwischen war ein kräftiger militärischer

Schutz organisiert worden. Es gelang, die bewaffnete Menge, nachdem sie auch noch den Bahnhof zu nehmen versucht hatte, zu zerstreuen. Eine große Anzahl Plünderer und Bewaffneter wurde festgenommen. Gegen 3 Uhr morgens trat wieder Ruhe ein. Vom Arbeiter- und Soldatenrat tagt ein ständiges Revolutionsgericht. Die Plünderer werden sofort nach Aburteilung durch das Revolutionsgericht erschossen.

**Belagerungszustand in Baden.**

Karlsruhe, 23. Februar. Die badische vorläufige Volksregierung hat beschlossen, heute nacht den Belagerungszustand über das ganze Land Baden zu verhängen. Es soll damit den spartakistischen Umtrieben von vornherein die Spitze abgebrochen werden. Die Vertreter sämtlicher Parteien erklärten, daß sie den Schritt der Regierung einstimmig billigten. Ferner hat der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat eine Kundgebung an das badische Volk erlassen, worin zum Ausdruck kommt, daß zwischen der Regierung und dem Landeszentralrat der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sowie dem Landesauschuß des Soldatenrates völliges Einverständnis in der Frage des Belagerungszustandes herrscht.

**Spartakistenanstand in Mannheim.**

Karlsruhe, 23. Februar. Das Karlsruher Tageblatt meldet aus Mannheim: Gestern nachmittag versammelte sich unter freiem Himmel eine große Anzahl von Personen zu einer Kundgebung zu Ehren Eisners. Vom Balkon der Stadthalle aus wurden verschiedene Reden gehalten, in denen die Ausrufung der badischen Räterepublik nach bairischem Muster verlangt wurde. Je ein Mehrheitssozialist, ein Unabhängiger und ein Kommunist erklärten ihr Einverständnis mit der Ausrufung der neuen Regierung und forderten die Menge zur Zustimmung auf. Nach dieser Kundgebung formierten sich die Teilnehmer zu einem Zug durch die Stadt. Zunächst marschierte der Zug, in dem eine große Zahl roter Fahnen mit Trauerklor getragen wurde, zum Militärgesängnis, wo nach Zerschmetterung des Eingangstores verschiedene Militärgefängnisse befreit wurden. Dann bewegte sich der Zug durch die untere Stadt und die Breite Straße zum Schloß. Hier drang man in die Abteilung ein, in der die politischen Gefangenen in Untersuchungshaft saßen, die ebenfalls befreit wurden. Aus den Gerichtssälen und Zimmern wurden große Mengen Klein auf die Straße geschleudert und verbrannt. Ein Teil des Zuges zog dann weiter am Geschäftshaus des Mannheimer Generalanzeigers vorbei. Es war zunächst beabsichtigt, die Zeitung zu besetzen, dann wurde jedoch Abstand genommen, weil verschiedene Leute vom Personal sich mit den Demonstranten solidarisch erklärten. Der Zug marschierte dann weiter zum Landesgefängnis. Verschiedene Autos und Kaffees in der Heidelberger Straße wurden geschlossen. Das Theater konnte ebenfalls nicht spielen, es soll um 5 Uhr von Spartakisten besetzt worden sein.

Karlsruhe, 24. Februar. Der gesamte Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr nach Mannheim ist seit Sonnabend unterbrochen, da das dortige Telegraphenamt von Spartakisten besetzt ist. Die Regierung hat seit vorgestern Abend keine Nachrichten mehr aus Mannheim erhalten. Bisher ist bekannt, daß vom Balkon der Festhalle aus die badische Räterepublik nach bairischem Muster ausgerufen wurde. Vor dem Gebäude der mehrheitssozialdemokratischen Mannheimer Volksstimme kam es zu schweren Kämpfen. Die Spartakisten hatten die Mannheimer Volksstimme mit Maschinengewehren gestürmt. Die Mehrheitssozialdemokraten nahmen das Gebäude aber wieder zurück. Die Spartakisten haben den Autopark von Benz gestürmt und sich der Autos bemächtigt.

Mannheim, 24. Februar. Die Mannheimer Mehrheitssozialdemokraten lehnten den Vorschlag, eine Regierung zu bilden, in der ein Drittel der Siege die Unabhängigen, ein Drittel die Mehrheitssozialdemokraten, ein Drittel der Spartakusbund erhalten sollte, ab und erklärten, unter allen Umständen hinter der jetzigen badischen Regierung zu stehen. Das badische Gesamtministerium, das ständig in Karlsruhe zusammen ist, berät darüber, welche Maßnahmen zur Unterdrückung des Mannheimer Terrores ergriffen werden sollen. Der Landesauschuß der Soldatenräte Badens erklärte sich gegen einen Umsturz in Baden und für die Unterstützung der Regierung.

**Belagerungszustand über Hanau.**

Hanau, 22. Februar. Heute früh ist der Belagerungszustand über Hanau verhängt worden. Die Bevölkerung begrüßt mit Freude den Einmarsch der Division Kumschötel, die Hanau von der dreimonatigen Herrschaft der Spartakisten befreit hat. Es herrscht vollständige Ruhe. Die Haupttrabfänger wurden verhaftet.

**Die Lage in Düsseldorf.**

Düsseldorf, 22. Februar. Nachdem der Generalstreik mit dem heutigen Tage beendet ist, hat der Volkstrat des Düsseldorfer Arbeiterrates das Wiedereverschließen der bürgerlichen Zeitungen in Düsseldorf gestattet. Die Wachen von den Buchdruckereien sind zurückgezogen worden. — Infolge der Absperrung des rechtsrheinischen Versorgungsgebietes und des dadurch entstandenen Milchmangels ist die Sterblichkeit der Säuglinge um fast 100 Prozent, die der Kinder von 2 bis 5 Jahren sogar um das Fünffache gestiegen.

**Verhaftung von Soldatenräten in Halle.**

Halle, 23. Februar. Hier wurden drei Mitglieder des Soldatenrats wegen Schießungen mit Leinwandstoffen, wobei sie einen Gewinn von 62 000 Mk. erzielten, verhaftet.

**Krieg mit Gotha.**

Die Gothaer Unabhängigen hielten im „Möhren“ eine Volksversammlung ab. Diese beschloß, daß das Land Gotha aus dem deutschen Reichsverband austrete und sich als im Kriegszustand mit dem Deutschen Reich betrachte. Sie begründete ihren Beschluß damit, daß Rokkes Weisgardisten das Land im tiefsten Frieden ohne Kriegserklärung überfallen hätten. Ein weiterer

Beschluß besagt, daß jedem Staatsbürger das Recht zu- steht, Waffen zu tragen. Das nach Koburg abzutrans- portierende Bataillon Nr. 95 sollte ein eigenes gothaisches

Weimar, 24. Febr. Der Krieg mit Gotha scheint seinem Ende entgegenzugehen. Die Regierungstruppen sorgen für Ruhe und Ordnung. Die Ablieferung der Waffen geht ohne Störung vor sich. Die Reichsregierung ist von Gotha aus darum gebeten worden, Vertreter nach dort zu entsenden, um den Abschluß der Verhandlungen zu beschleunigen.

Sympathiestreif in Spandau.

Berlin, 23. Febr. Eine am Sonnabend nachmittag stattgefundene stark besuchte Versammlung der fast nur aus Unabhängigen und Kommunisten bestehenden Arbeiter der Spandauer Gewerfabrik beschloß, am Montag in einem Sympathiestreif einzutreten, um den Generalfreistreib in Ruhegebiet neu zu beleben.

Die Lage im Ruhrgebiet

Bochum, 23. Februar. Heute vormittag ist das wehrfähige Freiwilligenkorps Lichtschlag hier eingezogen. Die Stadt ist vollständig in der Hand der Regierungstruppen und militärisch gegen Sterkrade und Oberhausen, die Haupt- stütze der Spartakisten, gesichert.

Bochum, 23. Februar. Der Führer der Sparta- kisten Fulda wurde festgenommen, als er im entgegen- gesetzten Sinne der bereits von ihm anerkannten Waffen- stillstandsbedingungen auf die Menge einzuwirken suchte. Trotz der aufgezwungenen Waffenabgabe fand man bei ihm noch einen schweren Revolver vor. Als er zur Untersuchung ins Gefängnis gebracht werden sollte, widersetzte er sich dem Posten. Es kam zu einer Schießerei, wobei Fulda sein Leben einbüßte.

Münster, 23. Februar. Das Generalkommando teilt mit: Die gestrige Sitzung der A- und S-Räte des Indus- triegebietes hat die Waffenstillstandsbedingungen des Genera- lkommandos angenommen, dessen wesentliche Punkte sind: Einstellung des Generalstreiks, Waffenabgabe, ungehinderte Arbeit der Militär- und Zivilbehörden sowie Pressefreiheit. Es bleibt abzuwarten, ob und inwieweit Spartakus besonders auch in Düsseldorf diese Bedingungen erfüllt. Die Regie- rung: uppen sehen jedenfalls bereit, in das Industriegebiet einzumarschieren, falls die Bedingungen nicht restlos durch- geführt werden. Die Regierung ist fest entschlossen, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern unter allen Umständen im Industriegebiet auch für die Zukunft Ordnung zu schaffen.

Der neue Entwurf der endgültigen Reichsverfassung.

Weimar, 22. Februar. Der neue Entwurf der endgültigen Reichsverfassung, der sich in wesentlichen Punkten von dem von einigen Mit- gliedern schon veröffentlichten Entwürfe unterscheidet, ist soeben den Mitgliedern der Nationalversammlung zugegangen und wird am Montag vom Reichsminister Dr. Brauns in der Nationalversammlung eingebracht und begründet werden. Der neue Entwurf leitet die Verfassung des Deutschen Reiches mit den Worten ein:

Das deutsche Volk, geeint in seinen Stämmen und von dem Willen befeuert, sein Reich auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, den inneren und äußeren Frieden zu sichern und den so- zialen Fortschritt zu fördern, hat sich diese freistaatliche Verfassung gegeben."

Von den in acht Abschnitten niedergelegten 118 Artikeln sind die wichtigsten:

Erster Abschnitt. Das Reich und seine Gliedstaaten.

Artikel 1. Das Reichsgebiet besteht aus den Ge- bieten der bisherigen deutschen Gliedstaaten, sowie aus den Gebieten, deren Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungs- rechtes Aufnahme in das Reich gewährt und die durch ein Reichsgesetz eingegliedert werden. Die Reichsflagge ist schwarz- rot-gold.

Artikel 2. Die Staatsgewalt ist beim Volke.

Artikel 3. Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gelten als bindender Bestandteil des deutschen Reichsrechts.

Artikel 4. Die Beziehungen zu den auswärtigen Staaten sind in Gesetzgebung und Verwaltung ausschließlich Sache des Reiches. In Angelegenheiten, deren Regelung der Landesgesetzgebung zusteht, können die Gliedstaaten mit auswärtigen Staaten Verträge schließen. Die Verträge be- dürfen der Zustimmung des Reiches.

Artikel 5. Die Verteidigung des Reiches zu Lande und zu Wasser und in der Luft ist Reichssache.

Artikel 7 besagt u. a.: Die Gesetzgebung über das Zollwesen ist ausschließlich Sache des Reiches.

Artikel 10. Reichsrecht bricht Landesrecht.

Artikel 11 gestattet bei Streitfällen aus Artikel 10 die Berufung eines obersten Gerichtshofes des Reiches.

Artikel 15. Die deutschen Gliedstaaten sind be- rechtigt, sich zum Zwecke der Bildung größerer, leistungs- fähiger Gliedstaaten im ganzen oder in Teilen zusammen-zuschließen.

Artikel 16. Jeder Gliedstaat muß eine freistaatliche Landesverfassung haben, nach der die Volksvertretung in all- gemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen von Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Ver- hältniswahl gewählt wird und nach der die Landesregierung, des Vertrauens der Volksvertretung bedarf.

Artikel 17 sieht bei Verfassungsstreitigkeiten inner- halb eines Gliedstaates, der kein Gericht zur Erledigung der- artiger Streitigkeiten besitzt, die Entscheidung des Staats- gerichtshofes für das Deutsche Reich vor.

Artikel 18. Zur Vertretung der deutschen Glied- staaten bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches wird ein Reichsrat gebildet.

Artikel 19. Das Stimmrecht der Gliedstaaten im Reichsrat ist von der Zahl ihrer Einwohner nach Höhe der jeweilig letzten Volkszählung abhängig. Grundmäßig entfällt auf 1 Million Landeseinwohner eine Stimme. Ein Ueberschuß von mehr als einer halben Million wird einer vollen Million gleichgerechnet. Gliedstaaten, deren Ein- wohnerzahl mindestens eine halbe Million beträgt, haben je eine Stimme. Kein deutscher Gliedstaat darf mehr als ein Drittel aller Stimmen führen. Wenn Deutschösterreich sich dem Deutschen Reich anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit einer seiner Einwohnerzahl entsprechenden Stimmzahl. Bis dahin nimmt es mit be- ratender Stimme teil.

Artikel 26. Gegen die vom Reichstage beschlossenen Gesetze steht dem Reichsrat Einspruch zu. Kommt eine Uebereinstimmung zwischen Reichstag und Reichsrat nicht zustande, so san der Reichspräsident über den Gegenstand der Meinungsverschiedenheit eine Volksabstimmung herbei- führen.

Zweiter Abschnitt. Die Grundrechte des deutschen Volkes.

Artikel 28. Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleichberechtigt.

Artikel 29. Die Angehörigen jedes Gliedstaates haben in allen anderen Gliedstaaten die gleichen Rechte und Pflichten, wie die eigenen Staatsangehörigen.

Artikel 30. Es besteht Glaubens- und Gewissens- freiheit.

Artikel 31. Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Unterricht in den öffentlichen Volks- schulen soll unentgeltlich sein.

Artikel 32. Jeder Deutsche hat das Recht, sich durch Wort, Schrift, Druck oder Bild frei zu äußern, soweit keine strafrechtlichen Vorschriften entgegenstehen.

Artikel 33. Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne besondere Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versam- meln oder Vereine zu bilden.

Artikel 34. Die Arbeitskraft steht unter dem be- sonderen Schutze des Reiches.

Artikel 35 bis 37 sichern die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit, der Wohnung und des Eigentums zu, die nur auf Grund von Gesetzen beschränkt werden können.

Dritter Abschnitt. Der Reichstag.

Artikel 43. Die Wahlperiode für den Reichstag dauert drei Jahre.

Artikel 44. Die Mitglieder des Reichstags dürfen nicht durch Anträge gebunden werden.

Artikel 45. Der Reichstag versammelt sich im all- gemeinen in jedem Jahre am 1. Mittwoch des November am Orte der Reichsregierung.

Artikel 50. Der Reichstag hat das Recht und auf Antrag von einem Fünftel seiner Mitglieder die Verpflich- tung, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Diese Ausschüsse erheben in öffentlicher Verhandlung die Beweise, die sie oder die Antragsteller für erforderlich erachten. Alle Gerichts- und Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, dem Erfinden dieser Ausschüsse um Beweiserhebungen Folge zu leisten; die Akten der Behörden sind ihnen auf Verlangen vorzulegen.

Vierter Abschnitt. Der Reichspräsident und die Reichs- regierung.

Artikel 63 besagt u. a.: Der Reichspräsident hat das Recht, völkerrechtlich zu vertreten, Bündnisse und andere Ver- träge mit auswärtigen Mächten einzuschließen. Kriegserklä- rungen und Friedensschlüsse erfolgen durch Reichsgesetz.

Artikel 71. Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt. Wählbar ist, wer das 35. Lebens- jahr vollendet hat und seit mindestens zehn Jahren Deut- scher ist.

Artikel 72. Das Amt des Reichspräsidenten dauert 7 Jahre seine Wiederwahl ist zulässig. Vor Ablauf der Frist kann der Reichspräsident auf Antrag des Reichstages durch eine Volksabstimmung abgesetzt werden.

Artikel 79. Der Reichstag ist zur Anklageerhebung gegen den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichs- minister vor dem Staatsgerichtshof ermächtigt, daß sie durch- gehendweise die Reichsverwaltung oder ein Reichsgesetz ver- letzt haben. Der Antrag muß von mindestens 100 Mitgliedern des Reichstags unterzeichnet sein und bedarf der Zustim- mung von 2/3 der gesetzlichen Mitgliederzahl.

Fünfter Abschnitt. Das Finanz- und Handelswesen.

Artikel 80. Deutschland bildet ein Zoll- und Han- delsgelände, umgeben von einer gemeinschaftlichen Zolltarife.

Sechster Abschnitt. Das Verkehrswesen.

Artikel 86. Das Post- und das Telegraphenwesen einschließlich des Fernsprechwesens sind in Gesetzgebung und Verwaltung ausschließlich Sache des Reiches.

Artikel 90. Aufgabe des Reiches ist es, die dem all- gemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in Staatsverwal- tung zu übernehmen.

Artikel 108 besagt u. a.: Alle deutschen Kauffahrtei- schiffe bilden eine einheitliche Handelsmarine.

Siebenter Abschnitt. Die Rechtspflege.

Artikel 109. Die Richter werden auf Lebenszeit ernannt.

Achter Abschnitt. Schlußbestimmungen.

Artikel 115. In Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Bremen und Hamburg verbleibt es hinsichtlich der Erhebung und Verwaltung der Zölle und Ver- brauchssteuern bei der Vorschrift des Artikels 36 Absatz 1 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871.

Deutsches Reich

Die Gemeindevahlen in Groß-Berlin.

Berlin, 23. Februar. Die Wahlbeteiligung bei den Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin war durchschnittlich um 25 Prozent geringer als bei den Wahlen zur preussischen Landesversammlung. Am meisten haben eingebüßt an Stimmzahl die Reichsparteien, während die Demokraten und Unab-

hängigen am besten abgeschnitten haben. Die Reichsparteien sozialdemokraten erhielten in Berlin nach den vorläufigen Feststellungen 233685 Stimmen, die Unabhängigen 181201, die Demokraten 96891, die Deutschnationalen 67109, Zentrum 29721 und die Deutsche Volkspartei 2904 Stimmen.

Nahrungsmittel für Deutschland

Amsterdam, 24. Februar. Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ meldet der „Daily Telegraph“ aus Paris, daß der interalliierte Rat für Lebensmittelversorgung und Hilfeleistung bereits 80000 Tonnen Speise und 5000 Tonnen kondensierte Milch nach Deutschland abgeschickt hat.

Die Tschechengefahr.

Es mehren sich die Berichte von Truppenverschiebungen der Tschechen nach der schließlichen Landesgrenze. Vor allem deuten verschiedene Meldungen auf starke Truppenanmann- lungen um die Grafschaft Glatz hin. Aus diesen Angaben lassen sich Schlüsse auf ein offensives Vorgehen der Tschechen gegen deutsches Gebiet noch nicht ohne weiteres ziehen. Jedoch muß mit einem solchen Vorgehen immer gerechnet werden. Unser Grenzschutz wurde entsprechend vermindert.

Die Lage im Osten.

Warschau, 23. Februar. Politische Front. Der Tag ver- lief ruhig. Dem feindlichen Artilleriefeuer bei Szaranden am Nachmittag des 21. folgte kein Angriff. Nachträglich werden vom 21. Erkundungsvorstöße gegen Trischki und Ostern gemeldet, bei denen dem Gegner schwere Verluste zugefügt wurden. Bei Trischki wurden 85 Tote gezählt; eigene Verluste 1 Toter, 7 Verwundete, 4 Vermisste, darunter 1 Offizier.

Berlin, 22. Februar. Ueber die Lage unserer Truppen an der Front von Polen wird berichtet: Unsere Truppen sind nach Bekanntgabe der Demarkationslinie in ihrer bisherigen Hauptstellung stehen geblieben. Jede Offensivbewegung ist eingestellt. Die polnischen Truppen haben sich bisher an die festgesetzte Demarkationslinie nicht gehalten. Von allen Teilen der Front gehen Meldungen über herausfordernde feindliche Patrouillenmärsche und feindliche Angriffe ein. Es ist selbstverständlich, daß unsere Truppen jedes polnische Vorgehen mit Waffengewalt verhindern, solange die Demarkationslinie nicht endgültig feststeht.

Reise reichsdeutscher Abgeordneter nach Wien.

Wien, 24. Februar. In dieser Woche werden von der Nationalversammlung in Weimar Vertreter der Demokra- tischen Partei, der deutschen Volkspartei und der Deutsch- nationalen Volkspartei nach Wien kommen, um mit den bürgerlich-freihheitlichen Abgeordneten der deutsch-österreichischen Nationalversammlung wegen des Anschlusses dieser Abgeord- neten an die genannten Fraktionen nach dem Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland Fühlung zu nehmen.

Selbstbestimmungsrecht für Elsass-Lothringen.

Weimar, 23. Februar. Die Presseberichterstattung bei der Nationalversammlung in Weimar hat folgende Rundgebung für das Selbstbestimmungsrecht der Elsass-Lothringer be- schlossen: „Wir verlangen feierlich, daß den Elsass-Loth- ringern das von der gesamten Welt als Grundgesetz der künftigen Völkergemeinschaft anerkannte Selbstbestimmungs- recht nicht verweigert werde. Mit der ganzen deutschen Presse treten wir dafür ein, daß die Bevölkerung Elsass-Lothringens in vollkommen freier Abstimmung den endgültigen Beschluß über ihre staatliche Zukunft fassen kann. Wir erheben unsere Stimme dafür, daß die freie Entscheidung des elsas- lothringischen Volkes für alle Nationen maßgebend sein muß.“

Aus dem Ausland

Straßenkämpfe in Prag

Prag, 23. Februar. Hier fanden heute während des ganzen Tages sehr schwere Kämpfe statt. Die Kommunisten bemächtigten sich der meisten öffentlichen Gebäude. Stu- denten und Volkswehr nahmen den Kampf mit ihnen auf. Sie drangen in die Stadt ein und haben bis zur Stunde bereits den größten Teil der von den Kommunisten besetzten Gebäude wieder erobert.

Die Streikbewegung in England.

London, 22. Februar. Die Bergarbeiter der ver- schiedenen Distrikte haben sich nach einer neuer-Meldung den bisherigen Meldungen zufolge mit überwältigender Mehrheit für den Streik ausgesprochen. Lloyd George er- klärte, daß die Regierung augenblicklich für die Bergwerke verantwortlich sei. Wenn es zu einem Konflikt käme, würde es nicht wie früher ein Streit zwischen Bergwerks- besitzern und Bergwerksarbeitern, sondern zwischen einer Industrie und dem gesamten Staate sein. Im Hinblick auf die geringen Kohlenvorräte würde es bald zu einem vollständigen Stillstand der Industrie kommen. Es sei klar, daß die Arbeiterklasse in allen Ländern den Völkern- bund unterstütze, weil er Streitigkeiten durch Verhandlungen und nicht durch Gewalt schlichten wolle. Zunächst müsse ein Tribunal errichtet werden, um die Tatsachen zu unter- suchen. Dieses Tribunal müsse das Vertrauen der Berg- arbeiter und des gesamten Landes besitzen.

Aus Stadt und Land

Dresden, 24. Februar 1919.

Die Wendenbewegung.

Danken, 22. Februar. Der Nationalrat veranstaltete am Sonnabend in den Kronensälen eine Kundgebung, die von circa 2000 Personen besucht war. Der frühere Land- tagsabgeordnete Barth, der soeben von der Pariser Friedenskonferenz zurückgekehrt ist, berichtete über seine Er- folge bei den Verhandlungen. Er sprach zunächst über die bereits bekannten Forderungen des wendischen National- rates, ging dann auf die Pariser Konferenz über und be- tonte, daß die Aussichten überaus günstig seien. Die Ver- bündetenkonferenz habe ihm zugesichert, daß den Wenden

Wenden ihre berechtigten nationalen Ansprüche erfüllt und ihnen das Recht auf Selbständigkeit zugestanden werden sollte. Wilson und andere namhafte Teilnehmer der Konferenz hätten ihm diese Zusage unter Handschlag gemacht. Für die wendischen Kriegsgefangenen sei bereits eine Ausnahmsregelung erreicht und der Wendel soll keinerlei Kriegsentschädigung auferlegt werden. Die baldige Einfuhr von Rohstoffen für die wendischen Gewerbe- und Industriebetriebe sei in die Wege geleitet. Die Meldung der Prager Bohemia bezeichnete er als aus der Luft gegriffen. Sie könne schon darum nicht zutreffend sein, weil die Pariser Konferenz nur offizielle Mitteilungen über ihre Verhandlungen herausgibt. Auch die gesamte Presse des Verbandes trete einmütig und rücksichtslos für die gerechten Forderungen der Wenden ein. Die Wenden wollten auch in Zukunft mit den Deutschen in der Kampf in gutem Einvernehmen leben. Mit dem Bolschewismus hätten sie nichts gemein. — Mit Abhängen der wendischen Nationalhymne fand die Kundgebung ihr Ende. Die Verhandlungen wurden ausschließlich in wendischer Sprache geführt. — Die Ausführungen Barth's erhalten eine bemerkenswerte Ergänzung durch eine Erwiderung des wendischen Nationalrates auf die Erklärungen des neugegründeten Ausschusses sachsenweyner Wenden. Darin heißt es unter anderem: Wir Wenden sind ein in unserem Kern dem modernen Deutschstum wesensfremder Volkstamm. Das moderne Deutschstum wird durch seinen Unglauben in Verbindung mit einer Reihe widriger sozialer Zustände unhaltbar zugrunde gerichtet. Von der jetzigen und auch einer kommenden Regierungsform im ehemaligen Deutschen Reiche, das in vollster Auflösung begriffen ist, haben wir in dieser Beziehung und für die Rechte unseres Volkstums nicht das Geringste zu erwarten. Wir sind ein besonderer slavischer Volkstamm und fordern darum für uns die Rechte, die zu

geben die deutsche Reichsregierung sich unterschrieben verpflichtet hat. Wir werden unsere Selbständigkeit und Selbstverwaltung auch zum wirtschaftlichen Blühen und Gedeihen der Wende erhalten. Die Wende erhält Anschluss an die wichtigsten Weltverkehrsstraßen und wird wirtschaftlich denjenigen größeren Wirtschaftsgebieten angeschlossen werden, die für ihr wirtschaftliches Bestehen und Gedeihen die meisten Garantien bieten. Mit der Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit der Wende als selbständiges Gebilde sind zurzeit Sachverständige von Beltruf beschäftigt. Wie weit die Ausführungen des Herrn Barth der Wirklichkeit entsprechen, und auf welcher Basis er seine Versprechungen wahr machen will, muß die Zukunft erweisen. Vorläufig läßt sich durchaus nicht bestreiten, daß ein großer Teil der Wenden sich nicht mit dem Nationalrat identifiziert, wie stark überhaupt der Anhang des Nationalrates ist, läßt sich auch nicht feststellen. (D. Red.)

Generalstreik in Pirna.

Pirna, 24. Februar. Infolge eines vom Arbeiter- und Soldatenrat verkündeten Generalstreiks konnte heute der „Pirnaer Anzeiger“ nicht erscheinen. Die Fabrikbetriebe mußten die Arbeit einstellen.

Der Sächsische Offiziersbund veröffentlicht in der heutigen Nummer unseres Blattes einen Aufruf, in dem er alle Angehörigen des Offiziersstandes auffordert, sich dem Bunde anzuschließen. Er ist eine wirtschaftliche Vereinigung aller Heeresangehörigen im Offiziersrang und will seine Mitglieder in der jetzigen wirtschaftlichen Notlage und in allen dienstlichen und wirtschaftlichen Fragen beraten und den Witwen und Waisen gefallener und verlorener Kameraden zur Seite stehen. Der Jahresbeitrag beträgt nur 6 Mark und das Eintrittsgeld nur 3 Mark.

Anmeldungen zur Mitgliedschaft nimmt die Bundesgeschäftsstelle, Dresden-A., Sandhausstraße 6, I. entgegen. Ebenso können auch Anmeldungen bei den Geschäftsstellen der Ortsgruppen und bei den Zweigstellen bewirkt werden.

Die sächsischen Truppenteile am Schwarzen Meer. Die in Nikolajew am Schwarzen Meer zurückgebliebenen sächsischen Truppenteile, und zwar Inf.-Reg. 415, 6. Batt. Feldart.-Reg. 279 und Feldlazarett 178 befinden sich nach einem bei der Landesregierung eingegangenen Funkpruch noch wohlbehalten dort; alles ist ruhig. Der erwartete Abtransport auf dem Seewege konnte noch nicht beginnen, weil der Verband seine Genehmigung noch nicht erteilt hat.

Notgeld der Dresdner Industriefirmen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Einlösungsfrist am 28. Februar d. J. abläuft und daß bis zu diesem Tage die noch umlaufenden Noten bei sämtlichen Dresdner Banken und Bankfirmen eingelöst werden.

Chemnitz, 28. Februar. Ein schwerer Jugunfall ereignete sich Freitag abend gegen 8 Uhr auf dem Bahnhof Wilschthal. Der von Buchholz nach Chemnitz verkehrende Personenzug 1351 fuhr auf das Jugend des kurz vorher in Wilschthal ebenfalls aus der Richtung Buchholz eingetroffenen Güterzuges 7277, so daß von letzterem zehn und vom Personenzug 1351 fünf Wagen entgleisten und teilweise ineinandergeschoben wurden. Die in Gildersdorf bedienstete Hilfszugschaffnerin Friedel wurde getötet, weitere fünf Personen schwer verletzt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Schriftführer, Paul Heine; für den Inseratenteil: Erwin Schön. — Druck und Verlag der „Saxonia-Druckerei G. m. b. H.“ zu Dresden.

Statt Karten.  
Die Verlobung ihrer Kinder  
Johanna und Heinrich  
beehren sich hiermit anzuzeigen  
Ostrik Rusdorf  
Otto Sprenger u. Frau  
Valentin Ebermann u. Frau.

Johanna Sprenger  
Heinrich Ebermann  
Ehrent.  
Verlobte.  
Ostrik Rusdorf  
Februar 1919.

### Einkauf von Altertümern

Dienstag und Mittwoch 3 bis 5 Uhr  
Hotel Rheinischer Hof, Zimmer 1, Seestraße, Ecke Breitestraße.  
Gesucht werden u. a. Meißner und andere Porzellane, wie Figuren, Gruppen, Tassen, Teller, Terrinen, Dosen usw., Porzellan- u. China-Waßen, Krüge jeder Art, englische und französische Kupferstücke aus der Zeit 1780-1880, Porzellan- und Delgemälde, Miniaturen, handgestrichene Teppiche, Persis- und Seidenstickereien, Kristallglas, Glaspokale, Uhren, Schmucksachen, Stammbücher, Dosen, Flakons, Rippes usw., ferner runde Tische, Ecks- und Bücherschränke, Sofas, Stühle, Spiegel, Vitruven usw.  
Altertümer kaufe nur, wenn 80 bis 100 Jahre und älter.  
Briefmarken, Zeit 1850-72, auch Sammlungen, in welchen sich solche Marken befinden. Schriftl. Angeb. werden Montag, Donnerstag usw. erledigt.

Im Krankenhaus zu Rudolstadt entschlief am 19. Februar 1919 nach laugem Krankenlager, gestärkt durch den Empfang der hl. Sakramente, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante  
**Fräulein Anna Lukas.**  
Ihre Seele wird dem Gebete der Priester und Gläubigen empfohlen.  
Die Beerdigung wird nach Ueberführung auf dem k. kath. Friedhofe, Bremer Str., am 26. d. M., nachm. 1/5 Uhr stattfinden.  
Für die Geschwister:  
**Dr. Kaiser,**  
Vikariatsrat u. Militäropfarrer.  
Die heilige Seelenmesse wird am Sonntag den 2. März, 1/9 Uhr bei der Schulmesse der kathol. Hofkirche gelesen werden.

## Sächsischer Offiziersbund.

Was ist der S. O. B.? Er ist eine wirtschaftliche Vereinigung aller Heeresangehörigen im Offiziersrang. Er will seine Mitglieder in der jetzigen wirtschaftlichen Notlage in allen dienstlichen und wirtschaftlichen Fragen beraten. Er will ein treuer Freund dem sein, den die neuen Verhältnisse herausdrängen aus seinem Berufe. Er will raten und helfen bei der Wahl eines neuen Berufes. Er will den Witwen und Waisen gefallener und verlorener Kameraden zur Seite stehen.

Wer gehört in den S. O. B.? Jeder aktive, inaktive und ehemalige Offizier.  
Jeder Offizier des Beurlaubtenstandes.  
Jeder Feldwebellieutenant,  
Jeder Sanitäts-, Feuerwerks- und Festungsbau-Offizier.  
Jeder Militärbeamte.  
Jede Frau, Witwe und Waise eines Offiziers.

Es treten ein Jeder mit seinem Eltern, Geschwistern und Verwandten bei.  
Der Jahresbeitrag ist auf 6 — festgesetzt worden. Es ist jedem überlassen, seinen Beitrag nach gewissenhafter Selbsteinschätzung festzusetzen.  
Das einmalig zu entrichtende Eintrittsgeld von M. 2.— wird von der Bundesgeschäftsstelle Dresden, Sandhausstraße 6, I., sowie bei den Geschäftsstellen der Ortsgruppen und Zweigstellen angenommen, welche alle die interessierenden Fragen gern beantworten werden.  
Der S. O. B. arbeitet in enger Verbindung mit dem S. O. B. in Berlin.

### Sächsischer Offiziersbund.

Der Vorstand:  
Herr Oberst Ritter und Edler Herr von Berger, Rauen. Herr Major d. R. Justizrat Dr. Schulze-Garten, Dresden.  
Herr Generaloberst Demich, Arnsdorf. Herr Optm. Fehler, Dresden. Frau von Eick, Dresden.

Der geschäftsführende Ausschuss:  
Herr Major Vedig, Dresden. Herr Major Jungnickel, Dresden. Herr Optm. Heiderich, Dresden.  
Herr Optm. d. R. Rechtsanw. Dr. Martin, Dresden. Herr Optm. d. R. Rechtsanw. Dr. Schubert, Herr Optm. Rob., Dresden.  
Herr Feuerwerkslehrer. Heumann, Dresden. Herr Oberleutnant d. R. Dr. Lehmann, Dresden. Herr Optm. Blohm, Dresden.  
Herr Lt. d. R. Göfer, Dresden. Herr Stn. Waffer, Dresden. Frau Oberst Kollmann. Herr Optm. Weig, Dresden. Herr Optm. Weigmann, Dresden.

Landwirtschaftlicher Verein Schirgiswalde und Umgegend  
Nächsten Donnerstag, den 27. Februar 1919  
nachm. 4 Uhr im Erbgutshaus Schirgiswalde  
**Versammlung:**  
Vortrag des Herrn Tierzuchtinspektors Dietrich aus Bautzen über:  
**Ziegenzucht**  
Alle Mitglieder, Interessenten und Ziegenhalter sind freundlichst eingeladen. Der Vorstand

**Kalkulation und moderne Arbeitsmethoden im Maschinenbau.**  
Von O. Schwann, 288 S., 183 Abb., geb. Mk. 650. Die richtige Voranschätzung der Herstellungskosten von Werkstücken für den Maschinenbau bedeutet nicht nur für den Fabrikanten ein Bollwerk gegen die Konkurrenz in guten und schlechten Zeiten, sondern schafft auch zufriedenstellende Zustände zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Vorkaufspreise sollen nicht erraten oder geschätzt, sondern auf Grund wissenschaftlicher Studien und nach festgelegten Grundregeln bestimmt werden. Diese Ziele verfolgt obiges Buch! Einiges aus dem Inhalte: Verschiedene Lohnsysteme, Bedeutung der Kalkulation, Schnittgeschwindigkeit, Bohrloch-, Tourenzahl-, Bestimmung der Breite für verschiedene Dreharbeiten und fernere Bestimmung derselben. Handrehen, Gewindefräsen, Arbeiten auf der Revolverbank, Fräsarbeiten, Räder fräsen nach dem Abwälzverfahren, Regelräder und Gewinde fräsen, Rundfräsen, Bohrarbeiten, Hobeln, Stochen, Schleifen, Schloßarbeiten.  
Gegen Einsendung von Mk. 6,75 (Nachnahme 6,90).  
Edm. Gerzmann, Abt. 108, Berlin, Friedrichstraße 61.

**KFB Kathol. Frauenbund**  
Mittwoch, 26. Febr., 1/8 Uhr  
im großen Saale des kath. Gesellenhauses, Räußerstr. 4:  
**Große Frauenversammlung.**  
Vortrag: „Der katholische Frauenbund innerhalb der Frauenbewegung.“  
Referentin: Fräulein Schrid.  
::: Alle katholischen Frauen sind dringend eingeladen. :::  
Vorher am selben Abend, 1/7 Uhr, grüner Saal:  
**Generalversammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Kassendbericht; 2. Tätigkeitsberichte; 3. Wahlen!

**Dresdener Lehranstalt für Musik**  
Direktor: Organist Paul Walde  
Dresden-Neustadt, Melancthonstraße 26  
Fernsprecher 12552  
Sprechzeit 10-1 Uhr  
Fachschule f. alle Zweige der Tonkunst f. Beruf u. Haus  
Vorschule und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe)  
Aufnahme von Hinzulassungs- und Vollschülern für Klavier, Orgel, Harmonium, Streich- und Blas-Instrumente, Gesang, Laute, Mandoline, s. w. Theorie, Zusammenspielen, Musik-Geschichte, Dirigierübung, Kirchenmusik, Schüler-Orchester- und Chorklassen. Musikwissenschaftl. Vorträge, Komponisten-Abende, Schüler-Vortragsübungen und öffentl. Aufführungen. Eintritt jederzeit. Anmeldungen wochentags 8-7 Uhr.

**Suche**  
für meinen Sohn bei kath. Landwirt Stellung, gleichw. welcher Art. Alter 17 J., kräftig und gesund. Off. unter P. 2. 4281 an die Exp. d. Bl.

**Die Drogenhandlung Hermann Roth**  
Dresden, Altmarkt 4  
empfiehlt alle in ihr Fach einschlagende Artikel.  
Wetterort streng vertraulich!  
Heirats- u. Familien-Ankündige  
über Ruf, Vermögen usw.  
R. Winderlich, Detektiv,  
Dresden, Ferdinandsstr. 14.

**Verlobungs- Vermählungs- Visitenkarten**  
Herbert Schmidt u. Partner  
Saxonia-Druckerei G. m. b. H.  
Dresden-A., Holzstr. 46